

24.06.2019

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

Null-Toleranz bei Rechtsextremismus, Hass und Drohungen!

Am 2. Juni 2019 wurde Walter Lübcke, der Regierungspräsident im Regierungsbezirk Kassel, durch einen Kopfschuss vor seinem Wohnhaus hingerichtet. Der Tatverdächtige, der wegen des Attentats auf Walter Lübcke vor einigen Tagen festgenommen wurde, soll laut Presseberichten vom 21. Juni 2019 bereits seit dem Jahr 2000 Kontakt mit Naziorganisationen gehabt und an politischen Aktionen mit Nationalisten und an Angriffen durch Neonazis teilgenommen haben. (<https://www.stern.de/politik/deutschland/sass-stephan-e--bei-luebcke-im-publikum--neue-erkenntnisse-nach-politikermord-8764162.html>)

Walter Lübcke hatte 2015 durch seinen offenen Widerspruch gegen den Kasseler Pegida-Ableger („Kagida“) in einer Bürgerveranstaltung bundesweite Bekanntheit erlangt. Als Reaktion auf seine Aussagen erhielt der CDU-Politiker bereits 2015 zahlreiche Morddrohungen und wurde zum Feindbild verschiedener rechtsextremer Gruppen. Nach dem Bekanntwerden des heimtückischen Mordes äußerten viele Rechtsextreme, Rechtsradikale und Populisten in sozialen Medien sogar offen ihre Freude über das Attentat.

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und der Bürgermeister von Altena, Andreas Hollstein, haben sich in der letzten Woche mit Blick auf den Mord an Walter Lübcke vehement für eine weltoffene Gesellschaft ausgesprochen. Beide erhielten daraufhin schriftliche Morddrohungen. Die Sicherheitsbehörden prüfen derzeit, ob ein Zusammenhang zu anderen bundesweiten Drohschreiben mit rechtsextremistischem Hintergrund besteht.

Der Bundespräsident hat auf dem Evangelischen Kirchentag in Dortmund in der vergangenen Woche besorgt festgestellt: „Vertrauen erodiert, wenn die Grenze zwischen dem Sagbaren und dem Unsäglichen immer mehr verschwimmt, wenn über Nichtigkeiten der Shitstorm losbricht und sich Häme über das Unglück anderer ergießt, wenn die Hater so laut und die Vernünftigen zu leise sind, wenn das Gebrüll der Wenigen den Anstand der Vielen übertönt. Auf all das darf es nur eine einzige Antwort geben: Ziehen wir uns niemals zurück! Überlassen wir den politischen Diskurs im Netz nicht den wütenden und tobenden Scheinriesen!“ (<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/06/190620-Kirchentag-Podiumdiskussion.html>).

Datum des Originals: 24.06.2019/Ausgegeben: 24.06.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Drohungen – egal von wem und wo – dürfen niemals dazu führen, dass die Meinungsfreiheit eingeschränkt und dass Menschen Angst um Leib und Leben haben müssen. Die Angst, welche Verfassungsfeinde mit Worten wie mit Taten in dieser Gesellschaft zu schüren versuchen, darf die Offenheit der Debatte in der Gesellschaft und in unseren Parlamenten niemals beschränken. Rechtsextremismus bedroht die Vielfalt unserer Gesellschaft und den Kern unserer Demokratie. Beides gilt es zu verteidigen – wir Demokraten weichen deshalb nicht vor rechter Hetze und Terror zurück.

Die jüngsten Geschehnisse zeigen, dass der Verrohung der Sprache auch schwere und schwerste Gewalttaten folgen. Weder in den sozialen Netzwerken noch in der Öffentlichkeit oder den Medien, noch in unseren Parlamenten, Kreistagen- und Rathäusern, noch auf der Straße, beim Stammtisch oder auch beim Grillfest dürfen Lautstärke und Geschrei, Hass und Wut, Diffamierung, Fremdenfeindlichkeit und Hetze und Aufrufe zu Gewalt deshalb unwidersprochen bleiben. Gleichzeitig wollen die Menschen in unserem Land nach den Erfahrungen mit der rechtsextremistischen Terrororganisation des NSU sichergestellt wissen, dass unsere Behörden das Feld des Rechtsterrorismus mit größter Aufmerksamkeit und aller rechtsstaatlichen Konsequenz beobachten und bekämpfen.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen ist daher aufgerufen, die Drohungen gegen Personen des öffentlichen Lebens, die Gefahr von Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus für unsere Gesellschaft und die Verrohung der Sprache im Rahmen einer Aktuellen Stunde des Landtags zu thematisieren und so ein starkes Signal gegen Gewalt und Hass zu setzen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne

und Fraktion